

Interview

Strategischer Partner

[15.07.2020] Über die Bedeutung kommunaler IT-Dienstleister und das Coronavirus als Digitalisierungsbeschleuniger spricht ITEBO-Geschäftsführer Bernd Landgraf im Kommune21-Interview. ITEBO feiert in diesem Jahr sein 20-jähriges Firmenjubiläum.

Herr Landgraf, im Grußwort Ihres Kundenmagazins zum 20-jährigen Firmenjubiläum bezeichnet Stephan Manke, Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport, IT-Dienstleister wie ITEBO als unerlässliche Schnittstelle zwischen Land und Kommunen. Wie hat sich die Zusammenarbeit über die Jahre entwickelt?

Kommunale Datenzentralen existieren seit den 1960er-Jahren mit Einführung der EDV für Finanzwesen und Personalabrechnung in der Verwaltung. Die Entwicklung von ITEBO vom Zweckverband KDOS mit Pflichtmitgliedern über ein Systemhaus für öffentliche IT hin zu einem strategischen Partner für Digitalisierung verdeutlicht, dass nur der überleben kann, der diesen gravierenden Wandel erfolgreich geschafft hat. Unser Geschäftsmodell basiert auf Freiwilligkeit, wir müssen uns gegen private und öffentliche Mitbewerber behaupten. Wir kennen die Anforderungen unserer kommunalen Kunden genau. Nicht einmal große Gebietskörperschaften könnten die immer komplexeren Anforderungen an IT heute noch allein erledigen. Wir sind IT-Dienstleister, aber auch Berater und strategischer Partner. Also im Sinne von Stephan Manke: ein klares und uneingeschränktes Ja! Ohne kommunale IT-Dienstleister kann Verwaltungsdigitalisierung nicht funktionieren.

Anfang des Jahres sind politische Strategien wie das Digitalisierungsprogramm des IT-Planungsrats als Beschleuniger der Verwaltungsmodernisierung bezeichnet worden. Nun gehört auch das Coronavirus dazu. Können Sie uns einen Einblick in die Rolle der IT-Dienstleister während der Krise geben?

Mit einem Augenzwinkern sei die Frage erlaubt: Wer außerhalb unserer Community kann überhaupt etwas mit Schlagworten wie OZG oder einem FIM-Leistungskatalog anfangen? Natürlich ist jeder für Bürokratieabbau, aber wir sollten realistisch bleiben: Die Akzeptanz von Online-Shopping oder E-Banking liegt meilenweit über der von E-Government. Wer hat bis zum Lockdown wirklich schon mal Verwaltungsdienstleistungen bequem von zu Hause aus abgewickelt? Das ist eher eine Ausnahme. Und jetzt kommt Corona, und nie zuvor hat es in der breiten Öffentlichkeit eine so große Aufmerksamkeit für dieses Thema gegeben. Egal ob es um Homeschooling, Homeoffice oder zum Beispiel die Kfz-Zulassung ohne eID-Authentifizierung geht, Digitalisierung ist fast schon zur Selbstverständlichkeit geworden, und das war nicht das Ergebnis irgendeiner Digitalisierungsstrategie. Corona ist der Treiber für Digitalisierung. Für unsere Mitarbeiter bedeutet dies zurzeit vor allem schnell und unbürokratisch dort zu helfen, wo es um praktische Umsetzungen geht: Einrichtung, Ausstattung sowie Anbindung von Heimarbeitsplätzen oder auch die vorgezogene Freischaltung von Dienstleistungen im Verwaltungsportal. Also eher mehr als weniger Arbeit.

Wird Corona die Arbeitsweise in den Kommunen nachhaltig ändern?

Durch Corona hat es in der gesamten Bevölkerung und damit natürlich auch bei den Mitarbeitern der Kommunen einen gewaltigen Kompetenzsprung in Bezug auf digitale Fragestellungen gegeben. Das Paradebeispiel: Videokonferenz-Tools. Das, was spontan funktionieren musste, gilt es zu verstetigen und

nachhaltig weiter einzusetzen. Ich wünsche mir, dass wir nicht wieder in alte Verhaltensmuster zurückfallen und endlose bürokratische und rechtliche Debatten vor dem praktischen Einsatz neuer Lösungen führen. Wir wollen doch bis 2022 eine digitale deutsche Verwaltung. Deshalb bitte bloß jetzt keinen Schritt zurück.

„Digitalisierung von Verwaltung bedeutet ebenenübergreifende Interoperabilität.“

ITEBO setzt in der Unternehmensstruktur auf Beteiligung. Hat dieses Modell die Herausforderungen durch die Pandemie für Ihre Anteilseigner vereinfacht?

Es ist ein großer Vorteil und zwar nicht nur in Zeiten von Corona, dass die Zusammensetzung unserer Eigentümer aus Landkreisen, Städten sowie Gemeinden den gesamten Querschnitt der kommunalen Familie repräsentiert. Digitalisierung von Verwaltung bedeutet ebenenübergreifende Interoperabilität. Zuständigkeiten oder Gebietsgrenzen spielen aus Nutzersicht dabei keine Rolle mehr. Genau diese Strukturen bilden wir auch über unsere Eigentümer ab. Befördert durch fruchtbare Diskussionen in unseren Gremien können wir schnellere und bessere Lösungen anbieten.

Werden wir konkret: Wie können der Bürgerservice und die Fachverfahren auch aus dem Homeoffice heraus gestemmt werden?

Wichtigster Baustein ist ein leistungsfähiges Verwaltungsportal. Mit OpenR@thaus setzen wir die marktführende Portallösung, welche für Niedersachsen auch als kommunaler Standard festgelegt wurde, bereits erfolgreich produktiv ein. Gemeinsam mit den anderen niedersächsischen IT-Dienstleistern haben wir zusätzlich zum Bürgerportal einen Modulbaukasten mit Formular-Server, Prozessplattform und Datendrehscheibe definiert. Jetzt gilt es, mit den kommunalen Experten und Spitzenverbänden sowie mit Unterstützung des Landes im Projekt Digitale Verwaltung Niedersachsen (DVN), so schnell wie möglich so viele Prozesse wie möglich digital anzubieten.

Was sind Ihrer Meinung nach die größten Herausforderungen beim OZG?

Das OZG hat viel in Bewegung gesetzt und ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur digitalen Verwaltung. Aus meiner Sicht verlaufen die Diskussionen etwas zu theoretisch. Die Musik spielt bei den Kommunen, dort laufen die meisten Fachverfahren, dort erfolgt die Einbindung in Portale und auch die Sicherstellung des 24/7-Betriebs. Bei der Diskussion über Nachnutzbarkeit und Standardisierung sollte man mehr auf Praktiker hören und weniger Grüne-Wiese-Konzepte von Beratern entwickeln lassen.

()

Dieser Beitrag ist in der Ausgabe Juli 2020 von Kommune21 erschienen. Hier können Sie ein Exemplar bestellen oder die Zeitschrift abonnieren.

Stichwörter: Unternehmen,